

DAS LANDWIRTSCHAFTLICHE VERTEILUNGSSYSTEM IM WELLENSCHLAG DER REVOLUTION

(zu dem im Dokumentationsteil übersetzten Dokument)

Wie sehr China gegenwärtig im Begriffe ist, zu einem Liuismus ohne Liu Shao-ch'i zurückzukehren, soll nachfolgend anhand der Änderungen im landwirtschaftlichen Verteilungssystem deutlich gemacht werden, das ja immerhin für nicht weniger als rund 80% der Bevölkerung einen kaum zu überbietenden Stellenwert einnimmt.

Anlaß für eine solche Untersuchung bietet ein Dokument, das unter dem Titel "Weisung des ZK der KPCh zu Fragen der Verteilung in ländlichen Volkskommunen" (26.11.71) bekannt geworden ist und erstmals in Taiwan publiziert wurde. An der Echtheit des Dokumentes kann wohl kaum ein Zweifel bestehen, zumindest nicht an seinem Inhalt; denn die wesentlichen Forderungen und Thesen dieser "Weisungen" werden seit Wochen in der chinesischen Presse pausenlos wiederholt und variiert (1). Anlässlich der Herbsterte-Verteilungen hat vor allem die Nan-fang-Tageszeitung grundsätzliche Ausführungen gebracht, die teilweise wortwörtlich dem Inhalt der Weisung vom 26.12.1971 entsprechen (2).

Die vorliegende Abhandlung soll darlegen, daß jenes Verteilungsverfahren, das bis zum Vorabend der Kulturrevolution üblich war und das dann als revisionistische Abweichung Liu Shao-ch' is gebrandmarkt wurde, seit nunmehr 1 1/2 Jahren wieder in den Dörfern hat Fuß fassen können - wenn auch mit gewissen Abweichungen.

Für die Gliederung der nachfolgenden Ausführungen bietet sich ein Dreierschema an, das zuerst auf das Verteilungssystem vor der Kulturrevolution abstellt, sodann die Veränderungen während der Kulturrevolution betrifft und schließlich die Entwicklungen seit etwa 1970 illustriert.

I. Das Distributionssystem in den chinesischen Volkskommunen vor der Kulturrevolution:

Ganz im Sinne der klassischen Lehren des Marxismus betonen die Chinesen immer wieder, daß die Arbeit unter den neuen sozialistischen Verteilungsbedingungen nicht mehr am "Preis" für die Arbeitskraft orientiert sei. Chinas Arbeiter und Bauern seien m.a.W. keine Lohnarbeiter mehr, die ihre Arbeitskraft als Ware verkauften, sondern arbeiteten für den Aufbau des Sozialismus und für die endgültige Befreiung der Werktätigen. Daher sei der jetzige Entgelt nichts anderes als eine Art der Konsummittelverteilung an die Arbeiter oder Bauern durch den Staat, nach dem sozialistischen Prinzip: "Jeder nach seiner Fähigkeit, jedem nach seiner Leistung" (3). Voraussetzung für eine solche Verteilung ist allerdings das sozialistische Eigentum. Kapitalistisches Eigentum nämlich bedinge eine kapitalistische, sozialistisches Eigentum eine sozialistische Verteilungsweise.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist die Kollektivierung der chinesischen Landwirtschaft so gründlich vorangetrieben worden. Freilich besteht in den Kommunen kein einheitliches Eigentum. Vielmehr gibt es unter den derzeitigen Bedingungen die drei Ebenen (三 级) der Volkskommune (人民公社),

der Produktionsbrigade (生产大队) und der Produktionsmannschaft (生产队) (fernerhin abgekürzt als: VK, PB und PM). Das Kollektivierungsideal wäre selbstverständlich am besten erfüllt, wenn Eigentum und Management in der Hand der übergeordneten Einheit, nämlich der Volkskommune, lägen. Unter den derzeitigen Bedingungen ist eine solche Einheitlichkeit freilich noch nicht möglich. Es wurde deshalb zunächst versucht, wenigstens die PBen, die ja im großen und ganzen die organisatorischen Nachfahren der früheren Produktionsgenossenschaften höheren Typs waren, zur Grundverrechnungseinheit, d.h. also zu der für Produktion, Verwaltung, Verteilung und Rechnungsprüfung zuständigen Einheit zu erheben. Dieser Versuch freilich scheiterte; denn die leistungsfähigeren und erfolgreicher PMen wollten nicht einsehen, warum weniger aktive und nachhinkende PMen derselben Brigadeinheit - über die PB als Verrechnungsgremium - genauso gut entlohnt werden sollten wie sie selbst. So kam es schließlich, daß zu Beginn der sechziger Jahre die PMen zu Grundverrechnungseinheiten (基本核算单位) wurden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Grundverrechnung ist, wie bereits erwähnt, neben Produktions-, Verwaltungs- und Rechnungsprüfung die Verteilung des Netto-Einkommens der PM an ihre Mitglieder.

(zur vorhergehenden Seite)

Bonner Delegation an der Umweltschutzkonferenz in Stockholm.

15) PRu, Nr. 25, 1972, S. 9 ff, NCNA 16. - 19.6.72; vgl. auch C.a., Nr. 5, 1972, S. 16 f

16) Vgl. C.a., Nr. 7, 1972, S. 19 ff

17) Dazu s. PRu, Nr. 49, 1972, S. 10 ff

18) S. PRu, Nr. 22, 1972, S. 17, Fußnote

19) S. PRu, Nr. 7, 1972, S. 11

20) Vgl. C.a., Nr. 6, S.5

21) S. dazu David Winder, "China's UN 'New boys' win friends", in: CSM, 21.9.72

22) S. dazu C.a., Nr. 3, 1972, S. 14 ff

23) Dazu s. C.a., Nr. 4, S. 33 "Acht Prinzipien für die Hilfe Chinas an andere Länder"

Bei dieser Verteilung sind insgesamt drei Seiten zu berücksichtigen, nämlich der Staat, das Kollektiv und das einzelne Mitglied.

a) Der Staat profitiert in zwei Formen von den Produktionsergebnissen der PM, nämlich zum einen durch Steuererhebung, zum anderen durch die Option, mittels Verträgen zwischen seinen Handelsorganisationen und den Produktionseinheiten einen Teil der Ernte aufzukaufen.

- Die Steuer ist im allgemeinen in Form von Naturalien zu entrichten. Um ihre Höhe zu bestimmen, wird ein "Normaljahr" fixiert und der Steuersatz sodann für die Dauer von mehreren Jahren auf einen Durchschnittssatz von 12% des Einkommens festgesetzt. 1972 wurde die Agrarsteuer von 12% im Jahre 1952 auf 6% heruntergesetzt, also halbiert (4). Da das fiktive Einkommen des "Normaljahres" niedriger ist als das jeweilige Realeinkommen der Produktionseinheiten, wird der effektive Steuersatz im allgemeinen von den Bauern kaum als drückend empfunden. Burki (5), der 1965 Gelegenheit hatte, mehrere chinesische Volkskommunen gründlich in Augenschein zu nehmen, kam bei sieben untersuchten Kommunen auf einen Steuersatz, der zwischen 3,0 und 7,5% des realen Bruttoeinkommens lag. Ähnlich waren die Verhältnisse bei den PBen und den PMen.

- Die Menge und die Qualität an Erzeugnissen, die eine PM an den Staat zu verkaufen hat, wird durch Verträge zwischen den staatlichen Handelsgesellschaften und den jeweiligen Produktionseinheiten festgelegt. Solche Verträge sind einerseits an der Lieferkapazität der jeweiligen PB, zum anderen an den Maßstäben des gesamtstaatlichen Wirtschaftsplanes orientiert.

Der Handel, der hier das Bindeglied zwischen landwirtschaftlichen Produktionskollektiven und dem Staat bildet, verteilt sich auf einen staatlichen und einen genossenschaftlichen Sektor. Die Hauptrolle spielt der staatliche Handelssektor, der rd. 80% des Großhandels und etwa 60% des Einzelhandels kontrolliert. Seine Organe sind die Handelsgesellschaften, die einerseits die Produkte der Industriegesellschaften und andererseits die der Landwirtschaftskollektive aufkaufen und sie sodann der jeweiligen Nachfrage entsprechend weiterverteilen. Diese Handelsgesellschaften sind also das wichtigste Bindeglied zwischen Industrie und Landwirtschaft. Sowohl die Produktion der Fabriken als auch die der landwirtschaftlichen Einheiten wird aufgrund von Verträgen an die Großhandelszentren verkauft, die Menge, Qualität, Preise und Liefertermine im voraus veranschlagen.

Flankierend neben den staatlichen tritt der genossenschaftliche Sektor. Er konstituiert sich aus Kauf- und Verkaufsgenossenschaften, deren Zahl mit rd. 3000 nicht zu hoch angegeben ist. Konzentriert sich der staatliche Handelssektor vor allem auf die Industrie, so hat es der genossenschaftliche Sektor überwiegend mit landwirtschaftlichen Produkten zu tun. Aufgabe der Kauf- und Verkaufsgenossenschaft ist es, die Agrarproduktion der jeweiligen Produktionsgruppe auf Rechnung des Staates zu kaufen und weiterzuveräußern. Die Genossenschaft schließt zu diesem Zweck Verträge mit den einzelnen Produktionsgruppen, sammelt

und lagert die gekauften Produkte und verkauft sie sodann an die Großhandelszentren des staatlichen Sektors mit einem ihre Kosten deckenden Aufschlag weiter. Umgekehrt besorgt die Genossenschaft sämtliche für die landwirtschaftlichen Produktionseinheiten wesentlichen Produkte der Industrie, wie Werkzeuge, Düngemittel und Insektiziden. Schließlich verwalten die Genossenschaften die Läden des Einzelhandels, in denen die Mitglieder der Kommunen ihren Konsum decken können. Diese Genossenschaften sind ihrem Ursprung und ihrer Organisationsstruktur nach also eine "kollektive" Einrichtung; als Vertreterin der Großhandelsstation dagegen sind sie "staatliche" Institutionen (6).

b) Der Anteil des Kollektivs am Bruttoeinkommen schlägt sich vor allem in drei Rechnungsposten nieder (Produktionskosten, Akkumulationsfonds und Sozialfonds).

- Zu den Produktionskosten gehören Saatzpflanzen, Düngemittel, ferner Aufwendungen für die Anschaffung einfacherer Werkzeuge, Beträge für eine evtl. Darlehensrückzahlung und schließlich die Entlohnung für solche Kader, die an körperlicher Arbeit in der betreffenden Einheit teilgenommen haben.

- Der Akkumulations- oder Reservefonds ist vor allem deshalb nötig, weil die Produktionseinheit sich bemühen soll, auch größere Entwicklungsprojekte und Infrastrukturmaßnahmen aus eigenen Kräften durchzuführen und dafür die nötigen Reserven zu schaffen. Was die Höhe des Akkumulationsfonds anbelangt, so beläuft sie sich manchmal bis zur Höhe eines Zehntels des Bruttoeinkommens (7).

- Der dritte große Posten schließlich, der dem Kollektiv zufließt, ist der Sozialfonds, der für die Unterstützung armer Familien (Kinderreichtum, Arbeitsunfähigkeit etc.), für die Einrichtung gemeinsamer Speisesäle, Altersheime, für die Schulunterhaltung etc. vorgesehen ist.

Reserven für den "Verteidigungsfall" wurden vor der Kulturrevolution noch nicht angelegt. Das Bedürfnis hierfür ist erst seit Beginn der schweren Spannungen mit der Sowjetunion (1969 ff.) entstanden.

c) Das Nettoeinkommen der einzelnen Mitglieder der Produktionseinheit errechnet sich aus der Differenz, die übrigbleibt, nachdem vom Bruttoeinkommen die Abgaben für den Staat und für das Kollektiv abgezogen worden sind.

Von diesem Nettoeinkommen werden die einzelnen Mitglieder in zwei Formen entschädigt, nämlich in Naturalien und in Bargeld.

Berechnungsgrundlage für beide Entlohnungsarten ist die Zahl der Arbeitspunkte, deren Kriterien (Qualität der Arbeit, verausgabte Arbeitskraft, besondere Geschicklichkeit etc.) von Kommune zu Kommune variieren können.

- Zunächst werden die Mitglieder der PMen in Naturalien (Getreide, Öl, Reis, Hirse und anderen Grundnahrungsmitteln) abgefunden. Zu diesem Zweck erfaßt jede PM das nach Abzug der Staats- und Kollektivabgaben verbliebene Nettoerntegut (nach kg oder Litern) und dividiert diese Mengen durch die Zahl sämtlicher in der PM erzielten Arbeitspunkte.

Verbleiben einer PM also z.B. - nach Abzug aller Ausgaben und Rücklagen - 15.000 kg Getreide, beträgt ferner die gesamte Arbeitspunktezahle der PM 12.000, und hat der Bauer X insgesamt 30 Punkte erzielt, so erhält er $\frac{15.000}{12.000} \times 30 \text{ kg} = 37,50 \text{ kg}$ Getreide.

also die PM 50.000 Yuan Nettoeinkommen erzielt hat, so ergibt sich für den Bauern X die Summe von $\frac{50.000}{12.000} \times 30 \text{ Yuan} = 125,10 \text{ Yuan}$, abzüglich des Wertes der 37,5 kg Getreide (z.B. 1 kg Getreide = 0,08 Yuan, also insgesamt 2,96 Yuan). An X ist also die Summe von

125,10 Yuan
/. 2,96 "

= 122,14 Yuan auszahlend.

Wollte man den Kollektivgedanken konsequent durchführen, so dürften nur diese beiden Arten der Entlohnung angesetzt werden. Doch in der vor allem von Liu Shao-ch'i mitinspirierten Praxis kam noch ein dritter Einkommensanteil hinzu, nämlich der Gewinn aus Parzellen (少量的自留地), die den einzelnen Bauern zum Gebrauch überlassen wurden und deren Erzeugnisse er auf dem freien Markt verkaufen durfte.

Dies also war der Stand der chinesischen Verteilungspraktik am Vorabend der Kulturrevolution. Sehr bald sollte an dieser Praxis Kritik aufkommen.

II. Die Kulturrevolution und der landwirtschaftliche Linkskurs

Vor allem fünf mit dem Verteilungsmechanismus aufs engste zusammenhängende Gravamina waren es, die während der Kulturrevolution ins Kreuzfeuer der Kritik gerieten, nämlich die starke Stellung der PMen, das System der Arbeitspunkte, die bäuerliche Nebenerwerbstätigkeit auf Privatrechnung, der zu kleine Akkumulationsfonds und, im ganz allgemeinen Sinn, die allzusehr ins Fahrwasser der "materiellen Anreize" geratene Motivierung des Entlohnungssystems.

1) Kritik an der Selbstherrlichkeit der PM

Für das "Hauptquartier des Vorsitzenden Mao" stand es fest, daß die Drei-Ebenen-Struktur in den Volkskommunen nicht in einer einzigen Kulturrevolution zugunsten einer Vereinheitlichung unter den Fittichen der Volkskommune verändert werden konnte. Zumindest aber versuchte man, die drei Ebenen auf zwei zu verringern und die PB zur Grundverrechnungseinheit zu erheben. Vor allem das Modell der PB von Tachai gab hierfür die nötigen Fingerzeige. Mit einer solchen Zusammenlegung sollte erreicht werden, daß die einzelnen PMen, die bisher teilweise wie Monaden nebeneinander hergelebt hatten, obwohl sie doch eigentlich

in der Regel alle einer PB angehörten, wieder mehr Nachbarschaftsgesinnung pflegten und bei der Verteilung nicht nur nach ihrer jeweiligen Leistung, sondern auch aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu ein und derselben Brigade abgefunden würden. Aus diesem Grunde auch war ja die PB von Tachai zentrale Rechnungsprüfungseinheit geworden. Der PM-Egoismus sollte m.a.W. durch "brüderliche Zusammenarbeit" im Rahmen einer PB beseitigt werden.

Um die PM in ihrer Selbständigkeit zu schwächen, sollten auch die "vier Fixierungen" (四固定) und sonstige materielle Garantien wie z.B. die "drei Verträge und eine Belohnung" (三包一奖) beseitigt werden. Nach dem staatlich garantierten Versprechen der "vier Fixierungen" verfügte jede PM über eine genau festgesetzte Anzahl von Arbeitskräften, von Zugtieren, von Arbeitsgeräten und hatte ferner ihre Produktionspflichten auf einer jeweils präzise fixierten Anbaufläche zu erledigen. Unter dem Titel "Drei Verträge und eine Belohnung" wurden Verträge über die Produktion (Art und Menge der anzubauenden Früchte etc.), über die einzelnen Arbeitsleistungen (Dünger-Beschaffung, Dienste in Krankenstationen, Werkstätten etc.), über finanzielle Angelegenheiten (z.B. Höhe der von den Brigaden an die PM auszahlenden laufenden Beiträge) geschlossen und exakt berechnete Prämien für die Übererfüllung des staatlich vorbereiteten Planes gewährt.

Es ist verständlich, daß gerade dieses System der von materiellen Anreizen flankierten Garantien und Zusicherungen wie kaum ein anderes Mittel die PMen in ihrer gruppenbezogenen Eigenständigkeit bestärkte. Deshalb auch erschien während der Kulturrevolution kaum ein Artikel zu Fragebereichen der Landwirtschaft, in dem nicht das Thema "Fixierungen" zum Gegenstand heftigster Attacken wurde.

2) Kritik am System der Arbeitspunkte

Die PB Tachai behielt zwar die Arbeitspunkte als Grundlage für die Errechnung der späteren Verteilungsquoten bei, legte diesem Punktesystem aber ganz neue Kriterien zugrunde. Seit 1967 ließ man in Tachai die Berechnung der Arbeitspunkte nach dem reinen Leistungsprinzip (z.B. bestimmte Punktezahlen auf genau festgesetzte Arbeitsergebnisse) fallen und sorgte statt dessen dafür, daß die Bauern monatlich, also in regulären Zwischenräumen, zusammenkamen und dabei jeweils durch eine sog. "öffentliche Selbsteinschätzung" (自报会议) ihre Arbeitsleistung vortrugen und zur Diskussion stellten. Bei dieser Bewertung sollte nicht nur die geleistete Arbeit, sondern auch die politische Gesin-

nung ("revolutionäre Begeisterung") eine Rolle spielen.

Bei jeder dieser Versammlungen wurden auch einige besonders vorbildliche Bauern als "Modell-Soldaten" (标兵) ausgewählt, die als Schrittmacher bis zur nächsten Versammlung dienen sollten. Die anderen Bauern waren aufgerufen, ihre eigenen Leistungen stets an diesen "Modellen" zu messen und zu versuchen, bei der nächsten Versammlung nun ihrerseits mit diesem Prädikat bedacht zu werden. Mit Hilfe solcher "sozialistischer Wettbewerbe" sollte sich gleichzeitig auch die politische Gesinnung läutern (8).

Im Juni 1967 erklärte der Parteisekretär der Tachai-Brigade, daß die Kriterien für höhere Bewertungen nunmehr durch fachliche Fähigkeiten, durch ein Übermaß an Arbeitsbegeisterung, durch Unterstützung von seiten der Massen, durch Ehrlichkeit und einen hohen Grad von Klassenbewußtsein bestimmt würden (9). Aus dem gleichen Artikel ging hervor, daß die "Modell-Soldaten" in Tachai in der Zwischenzeit obsolet geworden waren. Offensichtlich hatten die Bauern sich mehr an abstrakten Kriterien als an diesen Schrittmachern orientiert.

Wiederum in einem anderen Artikel über das Tachai-System vom September 1968 wurde festgestellt, daß "unter dem neuen System alle jene Kommune-Mitglieder die meisten Arbeitspunkte erhalten, die einen hohen Grad sozialistischen Bewußtseins zeigen, die bewußt und selbstlos arbeiten und sich vor keiner harten Arbeit scheuen. Das bedeutendste Kriterium ist die Hingabe an die Gemeinschaft. Die Fähigkeit oder Arbeitskraft eines Mitarbeiters mag groß oder klein sein: Falls er mit Herz und Seele für die Allgemeinheit arbeitet, wird er respektiert und belohnt, auch wenn seine Arbeitsleistung beschränkt ist" (10).

An die Stelle rein wirtschaftlicher Kriterien traten in Tachai also nach und nach immer mehr politische Gesichtspunkte. Das neue System der "demokratischen Punktebewertung" (民主平分) sorgte auch dafür, daß die Punkte-Buchhalterei, die bisher zu einer immer stärkeren Bürokratisierung des Kader-Apparates geführt hatte, nunmehr weitgehend aufhörte. Andererseits freilich waren an die Stelle der früher so präzisen Maßstäbe nunmehr ziemlich schwammige Gesichtspunkte getreten, deren problematische Interpretation häufig dazu führte, daß das Versammlungsklima sich überhitzte und es zwischen den beteiligten Diskutanten zu Auseinandersetzungen kam.

3) Kritik an der privaten Nebenerwerbstätigkeit

Gemäß dem Vorbild der Tachai-Brigade sollten auch die Privatparzellen der einzelnen Bauern konfisziert

und jede Möglichkeit zu individuellem Gewinnstreben beseitigt werden. Von diesen Forderungen waren auch die freien Märkte betroffen, auf denen die Bauern früher die Früchte ihrer Privatparzellen hatten veräußern können.

Schließlich sollte sich die jeweilige Produktionseinheit auf die Erzeugung bestimmter Güter beschränken und die vielfältigen Nebentätigkeiten wie Aufzucht von Schweinen, Schafen sowie den Anbau von Feldfrüchten, die nicht auf der Prioritätenliste der Einheit standen, spezialisierten Kollektiven überlassen. In diesem Sinne wurde die Weisung Maos interpretiert, das "Getreide als Hauptkettenglied" für den sozialistischen Aufbau in der Landwirtschaft Chinas zu benutzen.

4) Kritik an den zu niedrigen Akkumulationsfonds

Auch die Akkumulationsfonds für das Kollektiv sollten stärker aufgepolstert werden, als dies bisher der Fall war. Eine solche Politik wurde vor allem seit 1968 aktuell, als - im Zeichen der steigenden Auseinandersetzung mit der Sowjetunion - die Parole ausgegeben wurde, "Verteidigungsvorbereitungen und Vorbereitungen gegen Naturkatastrophen zu treffen und alles für das Volk zu tun".

Stärkere Beteiligung des Kollektivs am Aufkommen der Produktionseinheiten bedeutete natürlich automatische Verringerung des individuellen Einkommens der Kollektivmitglieder, weshalb die Zahl der politischen Schulungskurse, die den Bauern das nötige politische Bewußtsein beibringen sollten, inflationär in die Höhe schnellte.

5) Kritik an der Erwerbsmentalität

Der eigentliche Nenner, auf dem alle diese Angriffe sich zusammenfassen ließen, war die falsche Motivation, die den Bauern, wie es hieß, durch die jahrelange Politik Liu Shao-ch'is anezogen worden war. Liu habe versucht, anstelle des Klassenkampfes rein ökonomische Gesichtspunkte zu setzen und "Politik" durch "Sachleistung" zu substituieren.

Was man deshalb von Tachai lernen solle, sei nicht so sehr die Technik des Feldbaus oder die Umgestaltung des Verteilungssystems, sondern vielmehr die Erhöhung des Klassenbewußtseins durch permanente Teilnahme an den "Drei großen revolutionären Bewegungen" (Klassenkampf, Produktionskampf, Wissenschaftliches Experiment), wobei die Linie des Vorsitzenden Mao die nötige Orientierungshilfe leiste.

III. Das Distributionssystem seit dem Ende der Kulturrevolution

Seit Beginn des Jahres 1971 häufen sich Hinweise, daß die kulturrevolutionäre Landwirtschaftspolitik in den wichtigsten Punkten einem neuen Kurs zu weichen hat, der wieder weitgehend jenen Rahmenvorstellungen ähnelt, wie sie bereits für die Vorstellungen Liu Shao-ch'is maßgebend waren - zumindest, was die Distributionsverhältnisse anbelangt.

Den deutlichsten Fingerzeig für diese Wendung gibt der ständige Hinweis auf die "sechzig Artikel für die ländlichen Volkskommunen" (11), die zu Beginn der sechziger Jahre erstmals formuliert wurden. "Sechzig Artikel" ist der unveränderte Name für eine Regulierung, deren Text zwar nicht im Westen bekannt wurde, deren wichtigste Bestimmungen aber im Laufe der Zeit manifest geworden sind. Die "sechzig Artikel" wurden erstmals im Mai 1961 formuliert und im gleichen Jahr sowie im Jahre 1962 überarbeitet. In der letzten Fassung vom September 1962 wurde die Menge des Bodens, der für Privatparzellen zur Verfügung gestellt werden sollte, von 5 auf 7% erhöht. Weiterhin fügte man 8% für den privaten Anbau von Viehfutter hinzu (12). Zumindest in diesen Punkten, wohl aber auch ihrem ganzen Charakter nach, sind die "sechzig Artikel" Ausfluß der Politik Liu Shao-ch'is.

Neben der permanenten Erwähnung der "sechzig Artikel" kann aber vor allem auch in jenen fünf Punkten, die während der Kulturrevolution im Mittelpunkt der Diskussion gestanden haben (i.e. vgl. oben II), eine deutliche Wendung festgestellt werden, die sich teilweise auf 180° beläuft.

1) Drei Ebenen oder zwei Ebenen in den Volkskommunen?

Hatte man während der Kulturrevolution - im Anschluß an das Modell der Tachai-PB - darauf abgezielt, die PM als Grundverrechnungseinheit zu entthronen und die etablierte Drei-Stufenordnung auf zwei (VK, PB) zu reduzieren, so wird nunmehr ohne alle Einschränkungen wieder der Drei-Stufen-Aufbau anerkannt.

Dies geht nicht nur aus dem Verfassungsentwurf von 1970 hervor (13), sondern wird auch immer wieder in den z.Zt. publizierten Artikeln zu Fragen der Landwirtschaft betont (14). Vor allem aber taucht diese Feststellung auch in dem ZK-Dokument vom 26.12.1971 auf, das im Anhang wörtlich abgedruckt ist. Sogar der Grundsatzartikel zum sozialistischen Aufbau der chinesischen Landwirtschaft von 1970 (15) hebt das Drei-Stufen-Eigentum und das Drei-Stufen-Management ausdrücklich hervor.

Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist vor allem der Hinweis im ZK-Dokument, daß Vken und PBen die PMen nicht melken dürfen (!): Eine Erhöhung der Mittel für nicht an der Produktion beteiligte Personen ist ohne triftigen Grund nicht gestattet.... Will die Kommune die Arbeitskraft der PM verwenden, so muß sie sich vorher mit den Mitgliedern der Mannschaft absprechen. Der Fehler der Produktionsbereinigung und des Hinaufschickens, bei dem Kapital und Rohstoffe der PM unbezahlt in Anspruch genommen und Schenkungskampagnen oder Geldsammlungen unter den Massen veranstaltet wurden, darf nicht noch einmal begangen werden... usw. (vgl. Dokument No.4).

Falls eine VK oder PB Aufgaben an PMen delegiert, muß sie für deren Kosten aufkommen. Damit ist das Prinzip, daß jede PM auf eigenen Beinen stehen soll, wieder voll anerkannt. Auch der Austausch zwischen den verschiedenen Einheiten in der VK erfolgt wieder nach dem Grundsatz des "do ut des" und nicht mehr nur aus "revolutionärer Begeisterung".

Die PM hat m.a.W. wieder im vollen Umfang das Recht, als "Grundverrechnungseinheit" zu fungieren.

2) Sind die Arbeitspunkte nach politischen oder nach "fachlichen" Gesichtspunkten festzusetzen?

Deutlicher als je zuvor wird heute auch wieder hervorgehoben, daß bei der Verteilung drei Empfänger zu berücksichtigen seien, nämlich der Staat, das Kollektiv und (!) das Individuum (16). Man dürfe also weder "alles verteilen" (dieses Postulat wird Liu Shao-ch'i nachgesagt!) noch "alles investieren"! (Invektive gegen Übertreibungen der Kulturrevolution?) Vielmehr gelte es, beide Widersprüche so miteinander zu versöhnen, daß im Endergebnis einerseits eine angemessene Akkumulation, andererseits aber auch bäuerliches Privatvermögen zustandekomme.

Bei der Festsetzung der Arbeitspunkte tritt überdies das Leistungskriterium wieder stärker in den Vordergrund ("Jeder nach seiner Fähigkeit, jedem nach seiner Leistung!", Artikel 3 des ZK-Dokumentes). Gewarnt wird überdies (Artikel 3 ZK-Dokument) davor, das Tachai-Modell mechanisch zu übertragen. Man müsse die "Sache mit den Massen besprechen": Ein Satz, in dem zweifellos eine Konzession an die "materielle Interessiertheit" der Bauern gemacht wird.

Ein Fortschritt gegenüber dem Zustand vor der Kulturrevolution dürfte es allerdings sein, daß nunmehr (Artikel 3 ZK-Dokument) ausdrücklich gefordert wird, daß Männer und Frauen für adäquate Leistungen gleich entlohnt werden müssen. Daran hatte es

vor der Kulturrevolution allerdings noch gemangelt!

Alles in allem ist heute kaum mehr von der Berechnung der Arbeitspunkte nach politischen Gesichtspunkten die Rede, obwohl die PB von Tachai nach wie vor in der Diskussion bleibt. Früher allerdings bedeutete Tachai Belohnung nach Leistung und nach politischer Loyalität. Heute heißt Tachai Belohnung nach Maßgabe der Arbeitsleistung. Früher hieß Tachai: "1. keine Mühen scheuen, 2. keine Angst vor dem Tode haben". Heute enthält Tachai das Anerkenntnis erhöhten bäuerlichen Eigeninteresses.

3) Nebenerwerbstätigkeit?

Stillschweigend ist inzwischen auch die vor 1966 übliche Praxis wiederaufgelebt, den einzelnen Bauern private Parzellen zu überlassen und ihnen zu gestatten, sämtliche aus dieser Nebenerwerbstätigkeit gewonnenen Früchte auf "freien Märkten" zu veräußern (17). Allerdings soll dabei die kollektive gegenüber der privaten Erwerbstätigkeit Vorrang haben. Die Bauern dürfen bei ihrer Nebenerwerbstätigkeit auch nicht - wie es warnend heißt - in "kapitalistische Praktiken" zurückfallen.

Vor allem im Zeichen der schlechten Ernte, wie sie 1972 eingebracht wurde (18), könnte die Nebenerwerbstätigkeit der Bauern zu einem Ausgleich der Produktionslücken führen.

Welche Früchte dieser Zweig schon vor der Kulturrevolution getragen hat, ist bei Burki (19) nachzulesen: Er stellte i.J. 1965 fest, daß in etwa einem Dutzend der von ihm untersuchten VKen der prozentuale Anteil der Privatparzellen am gesamten Grundvermögen der Kommunen von 1,39% im Jahre 1959 auf 8,64% 1964 angestiegen sei. Die aus den Privatparzellen bezogenen Erträge hätten dabei bis zum Fünffachen über den aus Kollektivland gezogenen Ergebnissen gelegen (20). Dieses Verhältnis ist noch bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß die Privatparzellen mit den Kommuneparzellen in einem ungleichen Wettbewerb standen. Sie waren nämlich durchwegs von zweiter Qualität, und überdies durften die Bauern diese Grundstücke nur bearbeiten, wenn sie ihre Kollektivpflichten bereits erledigt hatten.

Gerade mit Hilfe der privaten Nebenerwerbstätigkeit war es möglich, die verheerenden Rückschläge der "drei schlimmen Jahre" (1959 bis 1961) in relativ kurzer Zeit wiedergutzumachen (21). Burki stellte auch fest, daß bei den zehn von ihm untersuchten Kommunen das Einkommen der Bauern aus privater Nebenerwerbstätigkeit sich auf 19,3% des Gesamteinkommens belaufen habe, obwohl die Privatparzellen ihrerseits etwa 7,6% des gesamten Kommunelandes ausgemacht hätten (22).

Es darf unterstellt werden, daß Peking solche Tatbestände durchaus in Betracht gezogen hat, als es sich entschloß, seit 1970 einen "New Deal" in der Landwirtschaftspolitik zu beginnen. Auch im Zusammenhang mit den schlechten Ergebnissen des Jahres 1972 wird diese neue Politik als besonders nützlich anerkannt (23).

Hand in Hand mit dieser Politik soll die Produktionstätigkeit der einzelnen Einheiten stärker diversifiziert werden. Die Aufforderung, "das Getreide als Hauptkettenglied zu nehmen", solle keineswegs als Aufforderung zur Monokultur gelten. Vielmehr hätten die Bauern zwar zunächst dem Getreide Priorität einzuräumen, sodann aber mit den Einnahmen aus dessen Verkauf auch andere Nebenerwerbszweige aufzubauen ("auf daß ein Glied das andere fördere und so eine günstige Gesamtentwicklung erreicht wird") (Punkt 6 der ZK-Direktive). Es gilt also, einen genauen Trennungsstrich zwischen einer vielfach aufgefücherten Geschäftstätigkeit einerseits und der "Herrschaft des Geldes" andererseits zu ziehen. Diversifizierung habe nichts mit kapitalistischen Neigungen zu tun (Punkt 6 der ZK-Weisung).

4) Stärkere Berücksichtigung des bäuerlichen Gewinnstrebens?

Die während der Kulturrevolution geprägte Richtlinie, "Vorbereitungen für den Verteidigungsfall und für Naturkatastrophen zu treffen und alles für das Volk zu tun", besteht zwar nach wie vor fort, und gerade im Herbst 1972 wurden solche Kollektive in den öffentlichen Kommunikationsmitteln herausgestellt, die eine besonders intensive Vorratswirtschaft getrieben haben: Die Volkszeitung vom 24.10. applaudierte z.B. einer PB, die Grundrationen für 14 Monate eingelagert und dabei die kollektiven sowie die individuellen Getreidevorräte pro Kopf auf 228 kg gesteigert hat. (24)

Trotzdem besteht heute nicht mehr die Tendenz, Bauern zu wirtschaftlichen Opfern im Interesse des Staates und des Kollektivs aufzurufen.

Wie oben bereits erwähnt, wird heute die Aufforderung, drei Verteilungsempfänger, nämlich den Staat, das Kollektiv und den Einzelnen, zu berücksichtigen, sehr ernst genommen. Außerdem wurden in den letzten Monaten die Agrarsteuern gesenkt. Wie sehr solche Maßnahmen das individuelle Einkommen steigern, beweisen zahlreiche Berichte aus den letzten Monaten, in denen von überproportionalen Spareinlagen der bäuerlichen Bevölkerung die Rede ist.

Wenn man aber schon dem individuellen Gewinnstreben mehr Raum zugesteht, so ist es gleichzeitig

durchaus legitim, die einzelnen Produktionseinheiten, vor allem die PMen zu einer disziplinierteren Haushaltspolitik anzuhalten (Punkt 5 der ZK-Weisung). Offensichtlich haben einzelne PMen zwar ihr Soll im Hinblick auf die gebotene Vorratshaltung übererfüllt, dafür aber gleichzeitig beim Staat Schulden gemacht. Um die hier einreißenden Mißstände aller Welt vor Augen zu führen, soll in Zukunft mit der "Geheimniskrämerei in Geldangelegenheiten" Schluß gemacht und mehr "Demokratie" in finanziellen Angelegenheiten eingeführt werden. Insbesondere plädiert man immer wieder für "Dreiergruppen" auf dem Gebiet der Rechnungsführung, die sich aus Kadern, Finanzexperten und Vertretern der Bauern zusammensetzen (25). Überhaupt sollen ja die Massen bei der Verteilung ein angemessenes Mitspracherecht haben, wobei vor allem die Berechnung der Arbeitspunkte sowie die Rechnungsführung der Produktionseinheit besonders zu überwachen sind (26).

5) "Rot" oder "fachmännisch"?

Der Grundsatzartikel in der Mai-Ausgabe der "Roten Fahne" (Titel: "Achtet auf die Qualität der Produkte") hat die Diskussion um den Widerspruch zwischen Quantität und Qualität auch in der Landwirtschaft angefaßt. In den "Produktionsschlachten" der Kulturrevolution war lange Zeit nur auf große Quantitäten geachtet worden. Der "Mensch" stand an erster Stelle. Wie viele Klagen bewiesen, wurden darüber die "Maschinen" und sonstige "fachmännisch" zu handhabende Gegenstände häufig vergessen. Nunmehr sind die einzelnen Betriebe wieder dabei, wirksame Regelungen über den Maschinenbetrieb und die Maschinenunterhaltung sowie über Qualitätskontrolle zu erlassen. Für Menschen, die mit Maos Gedankengut bewaffnet sind, ist ja nicht nur der Mensch, sondern auch die Maschine von großer Bedeutung. Gerade im Umgang mit Maschinen, Grundstücken und ähnlichen Produktionsmitteln müsse man dem "Anarchismus" endlich den Garaus machen. Solche Hinweise zeigen deutlich, daß die während der Kulturrevolution erhobene Forderung, "stets die Politik in den Vordergrund zu stellen", "fachmännische" Gesichtspunkte, d.h. also Leistungskriterien, nicht ganz verdrängen konnte - ja, daß nunmehr das Sachkriterium sogar wieder in den Vordergrund tritt, so sehr freilich ideologisch immer wieder beteuert wird, daß "rot" und "fachmännisch" voneinander nicht isoliert werden dürfen.

IV. Ausblick

Vergleicht man die oben diskutierten drei Perioden, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Perioden

I und III zahlreiche Gemeinsamkeiten aufweisen und eine Art Gegenmodell zu Abschnitt II abgeben. Insofern läßt sich die These aufstellen, daß Periode III weitgehend eine Rückkehr zu Periode I ist. Es wäre allerdings falsch, die Erscheinungen beider Epochen als völlig deckungsgleich zu betrachten; denn in der Zwischenzeit sind zahlreiche Phänomene mit neuer Qualität aufgetaucht wie z.B. ein gesteigertes politisches Bewußtsein der Bauern und eine nunmehr offensichtlich erreichte gleiche Behandlung von Mann und Frau in Distributionsfragen.

Noch falscher wäre es anzunehmen, daß Peking strategisch Abstriche von seinem Plan des "sozialistischen Aufbaus der Landwirtschaft" gemacht habe. Vielmehr kann die alte Leninsche Forderung, einen Schritt zurück und dann zwei Schritte vor zu gehen, auch hier als maßgebend bezeichnet werden.

Der einstweilige Rückzug ist also lediglich vorübergehender Natur. Im Verlauf der nunmehr 14 Jahre seit Gründung der ersten Volkskommunen hat es bereits mehrmals Rückzugsmanöver gegeben, denen aber jeweils schon nach kurzer Zeit wieder neue Vorstöße folgten. 1959 waren die Volkskommunen noch riesige Einheiten. Es gab im ganzen Land nur 26 000 von ihnen. 1964 war ihre Zahl bereits auf 74 000 angestiegen - eine Folge ihrer Verkleinerung. Außerdem waren die Kommunen 1959 noch "Grundverrechnungseinheiten". 1960 ging diese Eigenschaft auf die Produktionsbrigaden über, 1961 sogar auf die Produktionsmannschaften. Doch diesen Rückzügen folgten wiederum Vorstöße. Der letzte große Vorstoß dieser Art war die Kulturrevolution. Da zumindest nach dem Revolutionsfahrplan Mao Tse-tungs die Kulturrevolution von 1966 bis 1969 nur die erste ihrer Art war, ist damit zu rechnen, daß bald neue Versuche gemacht werden, die Produktionsbrigade und schließlich die Volkskommune wieder zur Grundverrechnungseinheit emporzustilisieren und damit ihren sozialistischen Charakter weiter zu vervollkommen.

Warum aber, kann man sich fragen, haben die Chinesen 1958 mit einem einzigen "Großen Sprung" die Volkskommune geschaffen, statt eine Politik der kleinen Schritte einzuleiten und dann am Ende jenes Ergebnis zu erreichen, das sie nunmehr ebenfalls nur auf dem Umweg über viele kleine Vorstöße und Rückzüge erreichen können. Die Antwort ist in der maoistischen Mentalität zu sehen, die eben mehr dem "Großen Sprung" mit seinen gewaltigen politischen Umwälzungen zuneigt als jener "revisionistischen" Vorsicht, die Liu Shao-ch'is Politik zumindest seit 1961 gekennzeichnet hat. We

(Anmerkungen auf der folgenden Seite unten)

DIE AUTOINDUSTRIE CHINAS

Die chinesische Autoindustrie ist so jung wie die Volksrepublik. Die erste Autofabrik wurde im Jahre 1951, überwiegend mit sowjetischer Hilfe, in Ch'ang-ch'un (Provinz Kirin) gebaut. Sie hat eine jährliche Kapazität von 30.000 bis 70.000 Wagen und ist bisher die größte Autofabrik Chinas (1).

Bis 1967 verfügte die Volksrepublik China über insgesamt 7 Autofabriken (2). Abgesehen von der erwähnten Anlage in Ch'ang-ch'un entstanden inzwischen sechs neue Fabriken in Peking, Tsinan (Provinz Shantung), T'ai-yuan (Provinz Shansi), Nan-king, Shanghai und Wuhan (3).

Während der Kulturrevolution wurde die Autoproduktion, wie es auch im Jahre 1958 der Fall war, wieder aktiviert. Überall in China sollen nun aus eigener Kraft Autos hergestellt werden.

Die den Veröffentlichungen der Volksrepublik China von 1967 bis Juni 1971 zufolge hergestellten neuen Produkte sind in der folgenden Tabelle aufgeführt; leider bleibt die Gesamtproduktion der chinesischen Autoindustrie bisher jedoch noch unbekannt.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, werden heute in China überall von Harbin bis K'un-ming, von Pao-t'ou bis Kuangchou und von Shanghai bis Tsinghai Autos produziert, was eine Dezentralisierung der Autoindustrie bedeutet. Dennoch muß China wegen des rasch wachsenden Bedarfs an Transportmitteln einerseits und der noch unzureichenden Kapazität

der einheimischen Autoindustrie ausländische Wagen einführen.

Allein während der Kulturrevolution von 1966 - 1969 wurden 25.000 Lkw importiert (4). Dabei steht Japan mit einer Stückzahl von ca. 7500 Wagen an erster Stelle; es folgen Rumänien und Frankreich mit 7000 bzw. 4000 Wagen (5). Der Rest verteilt sich auf verschiedene Länder. In dem Zeitraum von Januar 1970 bis Mai 1971 wurden, nach Berichten der nationalchinesischen Regierung in Taiwan, insgesamt 17,342 verschiedene Typen von Lastkraftwagen eingeführt (6). Von Mai 1971 bis Ende Mai 1972 exportierte diesmal Italien als Hauptlieferant 3000 Lkw nach China. Mit 2327 bzw. 1193 Kraftfahrzeugen stehen Rumänien und Japan hinter Italien für diesen Zeitraum an zweiter bzw. dritter Stelle. Es folgen Frankreich mit 1174, Polen mit 240 und England mit 131 Einheiten (7). Auf jeden Fall hat China in dieser Periode insgesamt 8596 Lkw importiert. Eine neue Bestellung von 2100 japanischen Lkw ist vorgesehen; entsprechende Verhandlungen mit den Japanern wurden bereits Ende September 1972 abgeschlossen (8). Zusammenfassend: Von 1966 bis 1972, also innerhalb von 7 Jahren, hat China insgesamt etwa 53 000 Wagen eingeführt. Gemessen an einer Gesamtfläche von 9,6 Mio. qkm und an einer Einwohnerzahl von 700 Mio. erscheint diese Zahl jedoch gering. Es ist anzunehmen, daß Chinas Autoimport in naher Zukunft noch steigen wird, denn bei der heutigen industriellen Entwicklung des Landes sind motorisierte Transportmittel nicht mehr durch menschliche und tierische Kraft ersetzbar, einfach weil diese zu langsam sind. yu

- 1) Studies on Chinese Communism, Formosa, Vol.2, No.11, 1968, S.80-90.
- 2) 1967 Year Book on Chinese Communism, Formosa 1967, S.741.
- 3) Ebenda.
- 4) Chinese Communist Affairs Monthly, Formosa, 5.1970,

Studies on Chinese Communism, a.a.O.

- 5) Ebenda.
- 6) Ebenda, 5.1971.
- 7) Ebenda, 5.1972.
- 8) Ebenda, 11.1972.

Anm. zu: "Distributionsverhältnisse"

- 1) Vgl. hierzu beispielsweise SWB 21.10., 17.11., 18.11., 22.11., 24.11., 25.11., 1.12., 7.12. und 8.12.1972.
- 2) SWB 25.11.72.
- 3) PRu 1972 Nr.34, S.5 und C.a. Sept.72, Übersicht Nr. 59.
- 4) Näheres C.a. Okt. 72, Übersicht Nr.46.
- 5) Shahid Javed Burki "A Study of Chinese Communes, 1965", Cambridge/Mass. 1969, S.21.
- 6) Jacques Charrière "Planung und Leitung der Produktionseinheiten" in: Bettelheim, Marchisio, Charrière: "Der Aufbau des Sozialismus in China", München 1969 S.41-100 (60-64); ferner Jan Deleyne "Die chinesische Wirtschaftsrevolution", Reinbek b. Hamburg 1972, S.42 f.
- 7) Burki a.a.O., S.22 ff.
- 8) JMJP 22.3.66, zitiert in SCMP Nr.3675, S.11-22.
- 9) SCMM Nr.600, S.26.
- 10) SCMP Nr.4271, S.29.

- 11) Nanfang-Tageszeitung zitiert in SWB 25.11.72.
- 12) CNA Nr.839, S.5.
- 13) Verfassungsentwurf 1970, Art.7.
- 14) Vgl. die in FN (1) zitierte Literatur.
- 15) PRu 1970 Nr.7, S.3-10, 21.
- 16) SWB 25.11.72.
- 17) Daß freie Märkte wieder zugelassen sind, wird besonders deutlich im "Stabilitäts"artikel der PRu 1972, Nr.40, S.23 ff.
- 18) C.a. Nov.72, Übersicht Nr.60.
- 19) Burki, a.a.O., S.35-42.
- 20) Ebenda, S.37.
- 21) Ebenda, S.38.
- 22) Ebenda, S.40.
- 23) SWB 8.12.72.
- 24) Zur Vorratswirtschaft vgl. C.a. November 1972, Übersicht Nr.60.
- 25) SWB 18.11.72.
- 26) SWB 8.12.72.